

Wir kommen dann, meine Damen und Herren, zu dem Referat

Der Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt.

Das Wort hat Herr

MINISTERPRÄSIDENT DR. FRANZ MEYERS:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Freunde in der Union! Wenn Sie einen Einwohner der heutigen Bundesrepublik im Jahre 1945 oder 1946 gefragt haben würden, welche Sorgen ihn bedrängten, dann würde er von Hunger und Not, von Obdachlosigkeit und Kälte gesprochen haben.

Wenn Sie heute - im Jahre 1960 - denselben Einwohner der Bundesrepublik mit der gleichen Frage bedenken, dann werden Sie eine ganz andere Antwort erhalten. Er wird Ihnen nämlich sagen, dass im Mittelpunkt seines persönlichen Interesses stehen: die Erhaltung der Gesundheit und damit der Arbeitskraft, der eigene Aufstieg im Beruf, die Fürsorge für die Zukunft der Kinder, die Sicherung des Alters.

Aus diesem Vergleich sehen Sie, dass die Aufgaben, die unsere Politik heute zu lösen hat, völlig andere sind als vor 14 oder 15 Jahren. Dieser Sachverhalt bestätigt wieder einmal die alte politische Erfahrung: Die allgemeinen und großen Ziele einer politischen Partei lassen sich ein für allemal festlegen. Die Aufgaben aber, die sie zu bewältigen hat, um diese Ziele zu erreichen,- die Wege, die eine Partei beschreiten muss, um ihren Zielen näherzukommen - das alles wandelt sich mit den Verhältnissen der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Initiative und Verantwortungsbewusstsein einer politischen Partei für das Schicksal eines Volkes lassen sich vor allem daran erkennen, mit welcher Sorgfalt, mit welchem Reichtum an Ideen, mit welcher Bereitschaft zu einer klaren und nüchternen Analyse sie an diese Aufgaben herangeht und sie zu lösen versucht.

Die meisten Probleme, welche die Mehrzahl der Bürger der Bundesrepublik heute für sich als vordringlich ansieht, gehören zur Innenpolitik und damit zur Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes. Erschrecken Sie nicht; denn Sie sehen, dass darin begriffen ist nicht nur die Gesundheitspolitik, sondern auch die Arbeitspolitik, dass darin begriffen ist auch die Kulturpolitik. Und aus diesem Vorgang erklärt sich - nämlich aus diesem Interesse des Bundesbürgers -, dass in den vergangenen Jahren kein Bereich des politischen Lebens, die Außenpolitik ausgenommen - eine solche Bedeutung besessen hat wie dieser Teil der Politik. Und nirgendwo hat sich in der jüngeren Vergangenheit unsere Union so schwer getan wie bei der Erarbeitung neuer Wege und eines neuen Stils. Dabei war schon seit dem Kieler Parteitag nach dem Referat unseres Freundes Dr. Gerstenmaier und der Diskussion, die sich daran anschloss, klar, dass die kommende Zeit unsere Union vor die entscheidende Aufgabe stellen würde, eine neue in die Zukunft weisende, auf die veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten bezogene Innenpolitik zu konzipieren und sie im Rahmen des großen

Werkes der deutschen Sozialreform konsequent und grundsätzlich in die jetzt gesetzgeberische Tat umzuformen.

Wir haben in vielen, dieses weite Feld berührenden Punkten vieles in Angriff genommen und vieles auch durchgeführt. Dabei zeigte sich allerdings auch uns wieder einmal die alte Weisheit, dass die Sozialpolitik - auch und gerade in der Wirtschaftsepoche steigenden Wohlstandes - derjenige Teil der Politik ist, welcher die politischen Leidenschaften des modernen Menschen am stärksten aufzuwühlen vermag und der tiefe, unter Umständen sogar gefährliche Risse in der Gemeinschaft eines Volkes hervorrufen kann. Wer geglaubt haben sollte, dass mit einer Politik der allgemeinen Wohlstandsvermehrung automatisch auch eine Vermehrung des sozialen Friedens betrieben würde, muss sich angesichts der Ereignisse der letzten Jahre enttäuscht sehen. Er hätte sich allerdings diese Enttäuschung ersparen können, wenn er zuvor von den sehr ähnlichen Entwicklungen in dem ersten Wohlstandsland der freien Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kenntnis genommen hätte. Dort hat sich nämlich schon lange gezeigt, dass mit der Steigerung des Wohlstandes nicht nur das am nächsten liegende Bestreben einhergeht, diesen Wohlstand zu erhalten und zu vermehren, sondern dass steigender Wohlstand zugleich auch ein gesteigertes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit im allgemeinen hervorruft. Wie Untersuchungen ergeben haben, verbinden sich in diesem Bestreben handfeste wirtschaftliche Überlegungen mit dem psychologischen Trauma vom nicht überwundenen „schwarzen Freitag“, dem unterirdischen Kampf gegen den sozialen Abstieg und damit gegen den Verlust des gesellschaftlichen Prestiges, aber auch die Sorge um Gesundheit und Leben - um eben den Genuss dieses Wohlstandes nicht zu verlieren. Alles das führt zu einer Wohlstandspsychologie voll hintergründiger und schwerwiegender Probleme, deren Kenntnis für jede Partei von entscheidender Bedeutung ist, die sich die Steigerung des Wohlstandes aller Staatsbürger zu einem besonders wichtigen Punkt ihrer Arbeit erwählt hat.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik geht sehr ähnliche Wege wie in den Vereinigten Staaten; die teilweise fanatische Erbitterung, mit der Einzelmaßnahmen der Sozialreform des Bundes in den letzten Jahren von den jeweils betroffenen oder auch nur allgemein beteiligten Bevölkerungsgruppen beantwortet wurden, hat uns dies eindringlich vor Augen geführt.

Was haben wir dazu zu sagen? - Das unveränderliche Ziel der Christlich Demokratischen Union ist die Gestaltung und Sicherung einer freiheitlich organisierten Gesellschaft, in der sich jeder Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand nach Maßgabe der ihm von Gott verliehenen Kräfte und Fähigkeiten frei und selbstverantwortlich entwickeln kann. (Lebhafter Beifall.) Dieser Grundsatz ist schon im Jahre 1945 proklamiert worden - in einer Zeit also, als er kaum mehr bedeutete als eine schwache und ferne Zukunftshoffnung. Er hat seine Gültigkeit behalten bis auf den heutigen Tag; er ist und bleibt ein Kernpunkt christlich demokratischer Politik.

Als es wieder möglich wurde, im freien Teil Deutschlands eine unabhängige Politik zu betreiben, konnte es nicht zweifelhaft sein, wo die Christlich Demokratische Union mit ihrer politischen Arbeit anzusetzen bereit und entschlossen war. Die Aufgaben drängten sich gewissermaßen von selbst auf. Da so gut wie alles zerstört war - Wohnungen und Fabriken, Wirtschaft und Verkehr, Verwaltung und Währung -, war jeder Ansatzpunkt gleich gut und gleich wichtig, wenn dabei nur das Ziel im Auge behalten wurde, den Menschen aus der unwürdigen Situation dieser Zustände zu befreien und seine Kräfte zum Kampf gegen die Not zu mobilisieren. Es wird für immer ein Ruhmesblatt christlich demokratischer Politik bleiben, dass die CDU trotz mancher Gegnerschaft von innen und außen sich nicht von der Not hat übermannen lassen, sondern inmitten eines furchtbaren nationalen Elends weitblickend für eine neue Konzeption künftiger Wirtschaftspolitik den Grund gelegt und sie von Jahr zu Jahr zielstrebig und erfolgreicher durchgesetzt hat. Angesichts des allgemeinen Mangels an Rohstoffen und Verbrauchsgütern mochte es unrealistisch und sogar verwegen erscheinen, der Gewöhnung an das planwirtschaftliche Denken das Ideal einer freien Wirtschaft gegenüberzustellen. Aber gerade die Beharrlichkeit, mit der die führenden Vertreter unserer Union schon im Frankfurter Wirtschaftsrat den Gedanken einer sozialverpflichteten, aber freien Wirtschaft entwickelten und verfochten, zeigt, dass sie die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues aus der richtigen Perspektive betrachteten.

Die mit der Währungsreform gekoppelte erfolgreiche Aufhebung der Zwangs- und Kommandowirtschaft war die Frucht dieses Weitblicks. Erinnern wir uns: Die Abschaffung der Bezugscheine und *des* Preisstopps waren unpopuläre Maßnahmen. Es gehörte damals wahrlich Mut dazu, das, was man als zweckmäßig erachtete, aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Aber die CDU besaß trotz aller Angriffe der Sozialdemokraten und trotz Generalstreik-Drohungen diesen Mut, ihrer Überzeugung zu folgen. Sie ließ sich auf keine Kompromisse ein und ist – zum Wohle des Ganzen - gut damit gefahren.

Wir sehen also: Die CDU ist im Bereiche der sozialen Marktwirtschaft ihrer politischen Führungsaufgabe gerecht geworden. Diese Tatsache hat umwälzende Folgen gehabt. Nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands, nicht nur im Hinblick auf das verhältnismäßig rasche Anwachsen des allgemeinen Wohlstandes, sondern auch im Hinblick auf unsere politischen Gegner. Unter dem Eindruck und dem Druck unserer richtigen Politik ist die Sozialdemokratie gezwungen worden, ihre eigenen wirtschaftspolitischen Dogmen in ihrem neuen Programm über Bord zu werfen. Aus der großen Zahl von Beispielen, die sich für die vorausschauend richtige Politik der CDU geben ließen, habe ich hier absichtlich dieses rein innenpolitische Beispiel ausgewählt, weil auch nachfolgend von einem innenpolitischen Problem gesprochen werden soll, nämlich von der Aufgabe der politischen Führung in der modernen Sozialpolitik.

Mit der sozialen Marktwirtschaft haben wir ja nur einen Teil jener sozialen Ordnung erreicht, der sich die Christlich Demokratische Union aus Wort und Geist ihrer Politischen Grundsätze verpflichtet fühlt. Es bleibt die Aufgabe, uns nun mit besonderem Nachdruck der sozialen Sicherheit unseres Volkes zuzuwenden und der Sozialpolitik mit der gleichen

Weitsicht und dem gleiche Mut neue Wege zu weisen, wie wir sie der Wirtschaftspolitik und so manchen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens gewiesen haben. Gelegentlich trifft man in unserer Partei auf einen erkennbaren psychologischen Widerstand gegen den Begriff „Sicherheit“. Das ist auch den Beobachtern unserer Union längst aufgefallen; sie haben sich daran gemacht, diese Erscheinung zu untersuchen, und glaubten dabei festzustellen, dass diese Reserve gegenüber dem Begriff „Sicherheit“ angeblich von jenen „großbürgerlichen“ Schichten der CDU genährt werde, die aus ihren wirtschaftlichen Verhältnissen heraus zu dem Gedanken der sozialen Sicherheit keine innere Beziehungen hätten. Das ist sicherlich eine grobe Entstellung der Tatsachen.

Die CDU hat stets anerkannt, dass die große Mehrheit unseres Volkes nach zwei verlorenen Kriegen und zwei Geldentwertungen innerhalb einer Generation zu den Fragen der sozialen Sicherheit naturgemäß ein anderes Verhältnis haben muss als die Angehörigen eines Volkes, das von diesen Ereignissen verschont geblieben ist. Wenn in einer Gesellschaft weite Schichten nur noch vom Ertrag ihrer Arbeit, nicht aber von sonstigem Vermögen leben können, dann muss eine moderne Sozialpolitik diesen Tatbestand in den Mittelpunkt dieser Erwägungen rücken. Vor allem aber verliert das Streben nach Sicherheit unter solchen Gesichtspunkten viel von jenen Bedenken, die bei einzelnen unserer Parteifreunde hin und wieder zu hören sind. Wir sollten - von allen gesellschaftspolitischen und sonstigen politischen Gesichtspunkten abgesehen - als christliche Demokraten das Streben der Menschen nach Sicherheit genauso ernst nehmen wie das nach Freiheit. Beide gehören - gerade auch in christlicher Sicht - zusammen. Soziale Sicherheit ist vielfach die Vorstufe echten persönlichen Freiheitsgefühls; und umgekehrt kann das Freiheitsgefühl dort Schaden nehmen, wo die soziale Sicherheit fragwürdig geworden und der Mensch unüberschaubaren gesellschaftlichen und ökonomischen Mächten ausgeliefert ist. Das bedeutet - darauf möchte ich mit besonderem Nachdruck hinweisen - noch lange keine Anerkennung wohlfahrtsstaatlicher Ideen und Methoden.

Aus den vier Bereichen, denen, wie bereits eingangs erwähnt, das besondere Interesse unserer Mitbürger gilt - die Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft, der eigene Aufstieg im Beruf, die Fürsorge für die Zukunft der Kinder und die Sicherung des Alters - , wende ich mich nun dem ersten, Schutz von Gesundheit und Leben, zu. Es handelt sich um ein außerordentlich bedeutungsvolles Aufgabengebiet,- das jedoch in der jüngeren Vergangenheit in der politischen Erörterung und - wie ich gleich dazu betonen möchte - auch in der propagandistischen Auswertung der hier bereits von der Union geleisteten Arbeit in einer geradezu beklagenswerten Weise zu kurz gekommen ist. Deswegen haben wir dieses Thema auch an den Anfang der Referate gestellt. Mir will scheinen, dass der Versorgungsbereich der Sozialpolitik den Blick für die Bedeutung der Verwirklichung gesundheitspolitischer Forderungen häufiger getrübt hat, als dies von der Sache her gerechtfertigt wäre; denn für den Bürger spielen die Fragen der Erhaltung von Gesundheit und Leben eine überragende Rolle. Das dürfen wir keinesfalls übersehen. Wenn ein Volk hungert, muss seine politische Führung dafür sorgen, dass es satt wird; wenn es um die Gesundheit des Volkes schlecht bestellt ist, muss die

politische Führung eine konstruktive Gesundheitspolitik betreiben und ihr im Rahmen der gesamten Sozial- und Innenpolitik den Raum schaffen, der ihr gebührt.

Antworten auf eine statistisch repräsentative Bevölkerungsumfrage des Allensbacher Institutes für Demoskopie haben ergeben, dass von unseren Mitbürgern nur 35 v. H. sich als mehr oder weniger gesund bezeichnen. 65 v. H. dagegen als kränklich oder leidend. Nach einer anderen Umfrage ist fast die Hälfte der Bevölkerung - nämlich 47 v. H. unserer Mitbürger - der Meinung, dass man ganz allgemein gesprochen, die Gesundheitsfürsorge in der Bundesrepublik verbessern könnte. Deutlicher kann, wie ich meinen möchte, das Interesse der Bevölkerung für den Schutz von Gesundheit und Leben kaum betont und die Notwendigkeit der Konzentration sozialpolitischer Bemühungen des Staates auf den Bereich der Gesundheitspolitik kaum erwiesen werden.

Das wichtigste Bestreben der gesundheitspolitischen Erwägungen unserer Union muss zunächst auf eine Erkenntnis hinsteuern, welche der Gesundheitspolitische Ausschuss der CDU vor einiger Zeit in dankenswerter Weise herausgestellt hat: Die Gesundheit ist ein Geschenk, auf das jeder einzelne selbst zu achten und für das er persönlich die volle Verantwortung zu tragen hat.

In dieser grundsätzlichen Feststellung steckt sowohl eine gesundheitspolitische Heraushebung wie die einer allgemein-sittlichen Pflicht; letzteres scheint mir fast noch wichtiger als das erste. Mit Recht hat der Gesundheitspolitische Ausschuss unserer Union infolge richtiger Weiterentwicklung dieser Grunderkenntnis die Sorge für die Gesundheit zunächst als Selbstsorgepflicht dem einzelnen bzw. der Familie aufgegeben. Die Vorsorge des Staates soll hier sowohl in die Verpflichtung des einzelnen wie in diejenige der Familie erst dann eingreifen, wenn die Familie und andere freiwillige gesellschaftliche Zusammenschlüsse dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen sind. Das allein entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, der uns auch im Bereich dieser Politik oberster gesellschaftspolitischer Leitsatz sein muss.

Der Gesamtkomplex einer christlich-demokratischen Gesundheitspolitik enthält eine solche Fülle von Einzelfragen, dass ich sie hier nur in sehr zusammengefasst Form vor Ihnen erwähnen kann und Sie bitten muss, wenn ich das eine oder andere nicht erwähne, dafür Verständnis zu haben. Das soll nicht heißen, dass es nicht bedacht werden würde.

Besonders am Herzen liegen sollte uns zunächst die Erkenntnis, dass nach der alten Weisheit vorsorgen besser als heilen ist, dass also die Gesundheitsvorsorge im Rahmen der Gesundheitspolitik gerade in der industrialisierten Welt entscheidende Bedeutung zukommt. Hier ist im einzelnen hinzuweisen auf die Notwendigkeit, ausreichende, gut durchdachte, hygienisch einwandfreie und nicht zuletzt schallgeschützte Wohnungen zu bauen; gleiches gilt auch für den Schulbau, für Arbeitsplätze und solche Räume, die der Erholung und Freizeit dienen. Was hier in den vergangenen zehn Jahren unter maßgeblicher Anregung, Mitgestaltung und Mitverantwortung unserer Partei geleistet

worden ist, darf schon heute als einzigartig bezeichnet werden; Welch' gewaltige politische Arbeit hinter diesen Leistungen steht, vermag nur der zu ermessen, der sich die Fähigkeit zur Rückbesinnung auf den Nullpunkt unseres öffentlichen Lebens, auf das Jahr 1945, noch erhalten hat.

In diesem Zusammenhang gehört aber auch ein Hinweis darauf, dass unsere Arbeit nicht nur der Pflege der physischen Kräfte gegolten hat; in einer Fülle von Gemeinschaftseinrichtungen, welche der geistig-sittlichen Entfaltung der Menschen dienen - vom Jugendheim über Veranstaltungsgebäude der Gemeinden und Organisationen bis hin zum Kirchenbau - haben wir uns bemüht, gute äußere Voraussetzungen für Entfaltung des Geistes und jener seelischen Gesundheit zu schaffen, die nicht weniger wichtig ist als die körperliche. Die besten Einrichtungen vermögen aber nichts zu nützen, wenn der Mensch nicht selbst in seiner Lebensweise den Forderungen der Gesundheitsvorsorge entgegenkommt. Ich denke hier an den Ausgleich für zu wenig Bewegung in der Berufsarbeit durch die Pflege des Sportes und durch die richtige Verwertung der größeren Freizeit sowie eine naturgemäße Lebensweise. Hierher gehört auch eine planvolle und durchdachte Gestaltung von Urlaub und Erholung, die nicht so sehr vom Tempo und vom Reisebetrieb um jeden Preis geprägt sein sollte, sondern von einer der Gesundheit förderlichen Gestaltung der Urlaubswochen, die eine der wichtigsten Zeiten für die Erhaltung und Pflege der Gesundheit ist. Einrichtungen der Familienerholung spielen dabei gerade aus unserer Sicht eine besondere Rolle. Wir sollten uns ihrer Förderung noch stärker als bisher annehmen. Wenn wir auch schon viel erreicht haben bei unseren Bemühungen, für einen Volkssport die erforderlichen Einrichtungen und Anlagen zu schaffen, so werden wir unsere Bemühungen auf diesem Gebiet verstärken müssen; denn hier bleibt nach wie vor manches zu tun. Dass der Deutsche Sportbund die Einrichtung eines Gesundheitspasses für Jugendliche erstrebt, um durch Eintragung der Ergebnisse regelmäßiger ärztlicher Untersuchungen, Schäden durch ungeeignete oder übertriebene sportliche Betätigung zu verhüten, scheint mir ein gutes Beispiel von Gesundheitsvorsorge zu sein. Die Ausweitung einer solchen ärztlichen Gesundheitskontrolle auf alle Bürger - selbstverständlich auf freiwilliger Grundlage - halte ich für eine Frage, die unsere nachhaltige Erwägung verdient. Es wäre Sache der politischen Aufklärung, alle Menschen unseres Volkes dazu zu bewegen, freiwillig das zu tun, was viele durch betriebliche oder sonstige Gesundheitsvorsorgemaßnahmen schon lange als Selbstverständnis ansehen: Die regelmäßige, freiwillige ärztliche Überprüfung des Gesundheitszustandes.

Einen wichtigen, aber leider von der Öffentlichkeit noch nicht genügend gewürdigten Erfolg unserer Gesundheitspolitik haben wir mit der Verabschiedung des Lebensmittelgesetzes und mit der Bereinigung unseres Lebensmittelrechtes erreicht. Wir haben damit dem ständigen geheimen Anschlag auf unser aller Gesundheit durch die mehr oder minder unkontrollierte Beimischung von Fremdstoffen in unsere tägliche Nahrung energisch Widerstand geleistet. Ich bin sicher, dass die Schärfe, mit der wir unser Lebensmittelrecht zum strengsten der Welt gemacht haben, sich lohnen wird. Wir sollten nun aber auch einen weiteren Schritt tun, und - wie es z. B. in den Vereinigten

Staaten von Amerika schon geschieht - diejenigen Lebensmittelhersteller, die sich auf dem Gebiet der Herstellung guter Nahrungsmittel besonders hervortun, durch Verleihung staatlicher Anerkennung, die sie auf die Verpackung ihrer Waren aufdrucken können, nachdrücklich unterstützen.

Der Ausbau der Schwangeren- und Mütterfürsorge und die Verbesserung der Säuglingsfürsorge - das Ruhrgebiet hat die größte Mütter- und Säuglingssterblichkeit des Kontinents - werden uns in Zukunft ebenso am Herzen liegen müssen wie die Verwirklichung einer noch besseren Seuchenbekämpfung und die Vorbeugung gegen die bekannten großen Volkskrankheiten - Krebs, Tuberkulose, Zucker, Kreislauferkrankungen, Bandscheibenschäden - und alle jene Abnützungs- und Verschleißkrankheiten, die in der industrialisierten Welt zum vorzeitigen Altern des Menschen führen. Für alle Bereiche der Gesundheitsfürsorge aber werden wir der Einführung und Verbesserung von Erholungs- und Rekonvaleszenzkuren unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Gerade sie stellen in der industrialisierten Welt, die den Menschen soviel stärker körperlich und geistig beansprucht als in früheren Zeiten, neue und wirkungsvolle Methoden der Gesundheitspolitik dar.

Letztlich gilt es, den Menschen unserer Zeit wieder an die Natur heranzubringen. Im Zusammenhang damit gewinnt die Erhaltung walddreicher Erholungsgebiete geradezu lebenswichtige Bedeutung. In Nordrhein-Westfalen stehen wir schon heute vor der Tatsache, dass an den Sonn- und Feiertagen die großen Erholungsgebiete des Landes - die Eifel, das Bergische Land und das Sauerland - von wahren Völkerwanderungen Erholung suchender Menschen überflutet werden. Und es besteht die ernste Besorgnis, dass angesichts des ständig steigenden Bedarfs an Grund und Boden für Straßensiedlungen, Industrien und militärische Zwecke unsere Erholungszentren in einiger Zeit nicht mehr ausreichen und wegen der dann gegebenen Überfüllung auch keine richtige Erholung mehr gewähren. Die Erhaltung dieser Gebiete, vor allem der Schutz der Wälder als natürliche Kraftspender für den überlasteten und gesundheitlich so manchen Gefahren ausgesetzten Großstädter, ist daher ein wichtiges, gesundheitspolitisches Anliegen geworden. Eine zielbewusste Landesplanung wird diese Gebiete nicht nur als solche erhalten, sondern sie auch von allzu starkem Einsickern des Verkehrs an zu vielen Stellen freihalten müssen. In erster Linie muss sich aber die Erkenntnis durchsetzen, dass der Wald mehr ist als eine Einrichtung der Holzgewinnung, nämlich eines der wichtigsten Mittel zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft unseres Volkes.

Christlich-demokratische Gesundheitspolitik muss und wird sich aber auch der Förderung der medizinischen Forschung und Lehre verpflichtet fühlen und ihr in noch stärkerem Umfang wie bisher die sachlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine zeitgerechte, der Zukunft zugewandte medizinische Forschung zur Verfügung stellen. Die an mehreren Orten in Deutschland gezeigte Ausstellung „Medizin USA“ hat uns allen

eindrucksvoll gezeigt, welche Möglichkeiten hier noch bestehen und was unbeschadet der zweifellos erfolgreichen Bemühungen, die in den letzten 10 Jahren auch bei uns unternommen wurden, auf diesem wichtigen Gebiet für uns noch zu tun bleibt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einige Worte zum Krankenhausbau sagen. Ihm hat in den letzten Jahren in besonderer Weise die Hilfe des Staates gegolten, um wenigstens mit der Bevölkerungsvermehrung Schritt zu halten und die dringendsten Notstände zu beheben. Dennoch wissen wir alle, dass wir keineswegs über den Berg sind. Vor allem wird es nun darauf ankommen, eine auf lange Sicht berechnete Investitions- und Baupolitik unter exakter Berechnung des wirklichen Bedarfs an Betten für allgemeine Krankenhäuser und Spezialkliniken, unter Ermittlung der bestehenden oder vermutlichen künftigen Schwerpunkte zu betreiben. Das Gleiche gilt für Pflegeheime und Altersheime, damit in den Krankenhäusern der vorhandene Platz, nicht wie es vielfach geschieht, durch Dauerpfleglinge und alte Menschen in Anspruch genommen wird. Von der ernsten Sorge des Nachwuchses an Pflegepersonal will ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen; sie mahnt uns aber, dass gerade in der industrialisierten Welt die Bereitschaft zu Berufen geweckt und gepflegt werden muss, in denen nicht der Verdienst sondern Nächstenliebe und sittliches Verantwortungsgefühl im Mittelpunkt der Arbeit stehen. (Beifall.)

Gegen gewisse Zivilisationsschäden kann der Mensch mit Disziplin angehen. Gegen andere dagegen gibt es keine Selbsthilfe des einzelnen mehr, hier ist er vielmehr auf den Staat, insbesondere auf den Gesetzgeber angewiesen. Hier liegt eine Aufgabe, die unsere Union seit langem erkannt und auch in Angriff genommen hat. Sie gehört zu den Grundlagen unserer künftigen Sozialgesetzgebung. Auf lange Sicht gesehen, werden dann der einzelne und die Gesamtheit mehr davon haben, wenn wir die Gesundheit der Lebensumstände allgemein verbessern, als wenn wir irgendeine Rente um irgendeinen Betrag im Monat anheben. (Beifall.)

Die Lärmbelästigung des modernen Großstadtmenschen wirkt sich immer mehr zu einer Geißel unseres Jahrhunderts aus. 65 v. H. der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik klagen über gelegentliche oder häufige Nervosität als Folgen der Lärmbelästigung. Wer gezwungen ist, Tag und Nacht in einer modernen Großstadt zu leben, ist bei aller Abstumpfung durch den schon normal gewordenen Geräuschspiegel dennoch körperlich und seelisch in einer Weise belastet, die auf die Dauer unzumutbar ist. Ich habe schon in meiner Amtszeit als Innenminister dieses Problem aufgegriffen und eine Verordnung über die Lärmbekämpfung vom 10. Januar 1955 erlassen. Da finden Sie die Benutzung von Rundfunkgeräten und Musik-Instrumenten so geregelt, dass Personen in näherer Umgebung nicht gestört werden dürfen. In der Öffentlichkeit, einschl. der Badeanstalten und Strandbäder, ist der Gebrauch solcher Instrumente überhaupt verboten. Für die Benutzung oder den Betrieb von Kraftfahrzeugen ist angeordnet, dass jedes vermeidbare Geräusch zu unterlassen ist. Die Veranstaltung von Feuerwerk, das Abbrennen von Knallkörpern sind geregelt, ruhestörende Betätigung von 23 bis 7 Uhr untersagt. Die Erfahrungen mit dieser nunmehr über fünf Jahre alten Verordnung sind für mich allerdings nicht sehr ermutigend. Vielmehr hat der

Großstadtlärm, auch der überflüssige, weiter zugenommen. Damit ist auch die Lärmbelastigung durch Straßenverkehr, Flugplätze in Stadtnähe und sonstige Geräusche, vor allem auch aus Industriebetrieben, größer geworden. Und unter den Augen gelegentlich allzu nachsichtiger Polizeibehörden macht sich, vor allem in den Abendstunden, in unseren Großstädten häufig ein jugendliches Rowdytum mit unglaublichem Lärm breit. Dennoch dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Mit Strafvorschriften ist hier verhältnismäßig wenig zu erreichen. Der Druck muss vielmehr auf die Konstrukteure von technischem Gerät aller Art, auf die Architekten und Ingenieure beim Wohnungsbau, auf die ausführenden Firmen und insbesondere auf ausdrückliche Maßnahmen der Stadt- und Landesplanung gelegt werden. Wir wissen, dass es möglich ist, geräuscharme Fahrzeuge zu bauen, auch Reihenhäuser und große Mietwohnungen mit wirksamen Schallschutzmaßnahmen zu versehen und durch eine zielstrebige Planungspolitik in den Großstädten die Geräuschbelastigung durch den fließenden Verkehr beträchtlich zu reduzieren. Hier ist in der Vergangenheit, auch in der jüngsten, viel gesündigt worden; zumindest wurde im Bestreben, den Wiederaufbau zu beschleunigen, das Problem der Geräuschbelastigung durch Verkehr und Industrie mehr als einmal als zweitrangig betrachtet. Wir werden nicht umhin können, diese Fehlleistungen sobald wie möglich auszugleichen.

Immer deutlicher wird von Jahr zu Jahr die Gefahr, welche uns durch den steigenden Wassermangel und die steigende Verschmutzung der Wasserläufe bedroht. Der Verbrauch an Wasser ist in den letzten Jahrzehnten gewaltig gestiegen, seitdem insbesondere die Industrie große Wassermengen benötigt. Aber auch die vom Menschen für seine persönlichen Zwecke verbrauchte Wassermenge hat wesentlich zugenommen. Auf der anderen Seite genügt ein Blick auf unsere Flüsse, um den schrecklichen Grad ihrer Verschmutzung voll zu erfassen, über 20 Jahre lang ist für die Reinerhaltung vor allem unserer großen Flussläufe nichts oder nicht viel geschehen. An dieser Hypothek werden wir auf Jahre hinaus zu tragen haben; die Kosten, die von Staat, Gemeinden und Wirtschaft in Zukunft aufgebracht werden müssen, um diesen Übelstand zu beseitigen, sind gewaltig; denn das verunreinigte Wasser ist nur unter Aufwendung großer Kosten und ebenso komplizierter und teurer Einrichtungen wieder als Trink- und Brauchwasser nutzbar zu machen. Ich sehe hier eine der größten Gemeinschaftsaufgaben für die Zukunft, eine Aufgabe, deren Bewältigung nicht nur unsere ganze Energie erfordert, sondern uns zugleich zu neuen Lösungsversuchen und Arbeitsmethoden zwingen wird. Wenn das Wasser, das lebensspendende Element, auch unserer industrialisierten Massengesellschaft nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stünde, so würde dies buchstäblich der Anfang von ihrem Ende sein.

Bezüglich des Wassers, insbesondere auch des Grundwassers, hat sich in jüngster Zeit eine neue Sorge ergeben. Sie rührt von dem steigenden Gebrauch von Heizöl her. Sie sehen in allen Orten und Gegenden der Bundesrepublik, dass große und kleine Heizöltanks sowie kilometerlange Ölleitungen in die Erde gelassen werden. Diese Tanks und diese Leitungen stellen eine erhebliche Gefahr für unser Grundwasser dar. Die

Gefahr wird deutlich, wenn Sie bedenken, dass ein Liter Öl eine Million Liter Wasser verdirbt. Nun male ich hier keine Gespenster an die Wand, sondern habe im eigenen Lande den Fall, dass in einer Stadt 40 000 Liter Heizöl aus einem undichten Tank ausgelaufen und in der Erde versickert sind. In der Zeitung las ich weiter, dass in einer Stadt eines anderen Landes 30 000 Liter Öl aus einem Tank ausgelaufen seien. Hier entstehen gewaltige neue Probleme für den Schutz unserer Gesundheit und unseres Lebens. Acht Länder haben die „Vorläufigen Richtlinien für Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe“ für verbindlich erklärt. Ob diese vorläufigen Bestimmungen ausreichen, erscheint mir angesichts der Größe der Gefahr zweifelhaft. Auf die Dauer werden wir nicht an der Vorschrift vorbeikommen, dass solche Öllager nur mit einer wasserrechtlichen Genehmigung angelegt werden dürfen, dass sie einzusehen, evtl. sogar zu begehen sind und dass beim Füllen besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, damit kein Öl ausläuft.

Noch in einer weiteren Beziehung zeichnen sich Gefahren für unsere Gesundheit aus der modernen Industrialisierung, ab. Es handelt sich um Schäden, die auch bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft und der Radioaktivität entstehen können. Ich denke dabei sowohl an Strahlungsschäden wie auch an die etwaige Verseuchung von Wasser, Erde oder Luft. Die geradezu mustergültigen Schutzmaßnahmen im britischen Atomzentrum Harwell, das ich vor einigen Wochen besucht habe, zeigen, dass umfassende Vorkehrungen zum Schutze unserer Gesundheit und unseres Lebens möglich, aber auch erforderlich sind. Beruhigend mag es dabei wirken, dass in diesem Atomzentrum, das also nur mit Atomenergie arbeitet und Versuche unternimmt, in den ganzen 14 Jahren seines Bestehens niemals ein Unfall zu verzeichnen gewesen ist, der irgendwie auf Radioaktivität oder auf Zusammenhänge mit der Atomforschung zurückzuführen wäre.

Und noch ein weiteres. In einigen Gebieten der Bundesrepublik - z. Z. noch von jeweils etwa 20 bis 30 qkm Größe - hat nun auch der Staubniederschlag einen Umfang erreicht, der die für den Menschen zumutbare Grenze überschreitet. Die industriellen Unternehmen in den großen Ballungsgebieten unserer Industrie tragen zu dieser Luftverunreinigung im Wesentlichen am stärksten bei; der Anteil der Bundesbahn und des Hausbrandes fällt demgegenüber kaum ins Gewicht. Sicherlich hat diese bedrohliche Entwicklung bereits bewirkt, dass viele Firmen freiwillig Entstaubungsanlagen eingerichtet haben; dennoch ist die Belästigung durch die Luftverunreinigung, insbesondere der Staubniederschlag, immer noch unerträglich. Messungen in Städten des Ruhrgebietes haben ergeben, dass pro Monat in einzelnen Gegenden auf den Quadratmeter über 80 Gramm Staub niedergehen.

Zu der Staubbelästigung tritt die Belästigung durch industrielle Abgase, insbesondere Schwefeldioxyd. Bedeutsam ist, dass dieses vor allem auch bei der Verbrennung von Heizöl entsteht, und zwar in einer Form, die bis heute fast nicht zurückgehalten wird. Man schätzt den Ausstoß von Schwefeldioxyd bei Kraftwerken und Werken der chemischen Industrie auf 3 bis 5 Mio. Tonnen pro Jahr. Zu Beginn des Jahres 1959, während der großen Nebelzeit, haben wissenschaftliche Untersuchungen in Nordrhein-

Westfalen ergeben, dass die heute vorliegende Grundbelastung der Atemluft durch meteorologische Umstände soweit erhöht werden kann, dass Behinderungen des Allgemeinbefindens auftreten. Zu diesen Luftverunreinigungen durch Staub und industrielle Abgase kommen aber in den Großstädten noch die Verunreinigungen durch die Abgase der Kraftfahrzeuge, deren gefährlichste sogar geruchlos und daher für den menschlichen Organismus nicht wahrzunehmen sind. Jeder von uns, der an einem schwülen Frühlingstag einmal im brandenden Großstadtverkehr hat warten müssen, wird auch ein körperliches Unwohlsein durch den ständigen Geruch und das Einatmen von Abgasen empfunden haben.

Das alles beweist, dass wir auch die Verunreinigung der Luft nicht weiter tatenlos hinnehmen können. Ich weiß, dass die technischen Geräte zur Beseitigung der Luftverunreinigung teilweise noch nicht allen Ansprüchen genügen und dass sie vor allem außerordentlich kostspielig sind. Ich mache mir deshalb gar keine Illusionen, dass wir auch hier gewaltige Summen in Rechnung stellen müssen, bis wir den bedrohlichen Teil der Luftverunreinigung hintangehalten haben. Dennoch wird uns nichts anderes übrig bleiben; Gesundheit und Arbeitskraft von Millionen arbeitender Menschen in den industriellen Ballungszentren stehen jenseits aller Kostengesichtspunkte.

Auf keinem anderen Gebiet sind jedoch in unserer Zeit Gesundheit und Leben mehr bedroht als auf dem Gebiete des Verkehrs, insbesondere des Straßenverkehrs. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass auf unseren Straßen im Jahre 1958 über 11 700 und 1959 über 13000 Menschen tödlich verunglückten - das ist also die Einwohnerschaft einer kleinen Stadt -, und wenn wir weiter bedenken, dass 1958 über 350000 und 1959 fast 400 000 Menschen Körperschaften erlitten haben, dann ist das etwas, das keine politische Führung auf die Dauer hinnehmen kann. Hier sind einschneidende Maßnahmen angebracht. Sie führen vom Straßen- und Fahrzeugbau über Verkehrs- und Geschwindigkeitsbegrenzungen bis zum Einbau von Sicherheitsvorrichtungen und laufender Überwachung der Fahrtüchtigkeit. Dieses Gebiet kann ich hier nur in Umrissen andeuten, weil es so groß und umfassend ist. Eins aber steht fest, dass wir hier über die bisherigen Ansätze hinaus, so dankbar sie anzuerkennen sein mögen, ganze Arbeit leisten müssen.

Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der staatlichen Gesundheitspolitik, die ich - wenn auch nur in großen Zügen - behandelt habe, hat unsere Union in den vergangenen Jahren mannigfache und beachtliche Initiativen entwickelt. Sie gehen zu einem wesentlichen Teil auf die Bemühungen verdienstvoller Abgeordneter unserer Union im Bundestag und in den Landtagen zurück; ihre Frucht ist eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen und Verwaltungsanordnungen, die ich nicht im Einzelnen anführen kann, die wir aber als Erfolge unserer politischen Arbeit stärker als bisher herausstellen sollten. Nun gilt es, die Erkenntnisse, Planungen und Maßnahmen in diesen so weit gespannten Bereichen der Sozialpolitik zu koordinieren, zu intensivieren und sie dann - wie es das Beispiel der sozialen Marktwirtschaft zeigt -, als Gesamtlösung auf weite Sicht zu konzentrieren und durchzusetzen. Sicherlich wird es dabei Widerstände geben; dennoch bin ich überzeugt, dass das deutsche Volk auch hier für an

sich unpopuläre Maßnahmen Verständnis haben wird, wenn wir ihm nur in der richtigen Weise verständlich machen, dass diese Maßnahmen dem Schutz der Gesundheit und des Lebens eines jeden einzelnen von uns und vor allem der uns nachfolgenden Generation dienen.

Bei der Erörterung dieser gesundheitspolitischen Einzelmaßnahmen wird Ihnen allen deutlich geworden sein, dass eine gewisse Schwierigkeit in der jeweiligen Zuständigkeitsfrage liegt. Dennoch meine ich, dass man das nicht zum Anlass nehmen sollte, mit Verfassungsänderungen zu beginnen, sondern mit der Verteilung der Aufgaben im Sinne einer vertrauensvollen und sinnvollen Zusammenarbeit, zu der heute morgen der Herr Bundeskanzler bereits aufgerufen hat. Jeder sollte von uns an der Stelle beginnen, an die ihn der Wille der Wähler und das Vertrauen unserer Union gestellt hat. Vertrauensvolle Zusammenarbeit - und dazu möchte auch ich uns alle aufrufen - bedeutet aber nicht, dass nun in öder Gleichmacherei alle in allem einer Meinung sein müssten. Sie bedeutet aber, dass es zwischen uns über Bedeutung und Gewicht dieser Probleme keine Meinungsverschiedenheiten und in unserer Entschlossenheit, diese Probleme schnell und gut zu lösen, keine Unterschiede geben darf. Vor allem bin ich der Meinung, dass wir bei den kostenintensiven Plänen einer solchen neuen Sozialpolitik, bei der Reinerhaltung von Luft und Wasser, auf die Dauer neue Verfahrensformen entwickeln müssen. Schon heute arbeiten Staat, Gemeinden, private Anlieger und Industriewerke, zum Beispiel in vielen Wassergenossenschaften, einhellig zusammen, um die entstandene Verschmutzung von Gewässern wieder zu beseitigen. Der Anteil der privaten Hilfe an diesen Maßnahmen wird in Zukunft eher steigen als abnehmen. Wir sollten deshalb solche freien genossenschaftlichen Verbindungen, die zugleich die mitbürgerliche Verantwortung des einzelnen wecken werden, nachdrücklich stärken. Hier kann meines Erachtens das uns so wesentliche Subsidiaritätsprinzip in meisterhafter Weise verwirklicht und persönliche und öffentliche Verantwortung für das allgemeine Wohl können dem gleichen Ziele verbunden werden.

Was die Gemeinden betrifft, so sind vor allem die Großstädte in besonderer Weise die Leidtragenden der erwähnten Zivilisationsschäden und müssen im Interesse ihrer Bürger die größten Opfer für die Beseitigung dieser Schäden bringen. Im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung sollten unsere Parteifreunde in den Gemeindeparlamenten und Gemeindeverwaltungen nachdrücklich darauf dringen, dass die zukünftige Stadtplanung den Bedürfnissen der Volksgesundheit in einer ständig größer werdenden, auf engem Raum lebenden und arbeitenden Massengesellschaft Rechnung trägt. Galt es früher als vornehmste Pflicht und größter Ruhm gemeindlicher Selbstverwaltung, heute schon für das Morgen zu sorgen, so wird diese Vorsorge nunmehr angesichts der Geschwindigkeit der Entwicklungen und der Größe der uns drohenden Gefahren für die Volksgesundheit schon auf das Übermorgen gerichtet sein müssen. Für unsere kommunalpolitische Arbeit sollten wir zugleich die Chance erkennen, die in dieser Pflicht zur Sorge für das „Übermorgen“ beschlossen liegt. Wir werden aber auch darüber wachen müssen, dass nicht andere die Ergebnisse dieser unserer Bemühungen im kommunalen Bereich als ihr Verdienst anpreisen. (Beifall.) Das

gilt hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen in gleicher Weise wie für alle übrigen Bereiche der Kommunalpolitik, denn ohne die grundlegenden Entscheidungen der von der CDU geformten Bundespolitik wäre keine erfolgreiche Kommunalpolitik möglich, für die Gesundheitspolitik aber ganz besonders, weil sie vielfach ihren Niederschlag in den Gemeinden findet. Es nützt uns nichts, wenn wir in Bund und Ländern gute Gesetze machen, wenn sie unten nicht in unserem Sinne ausgeführt werden. (Beifall.) Wir wissen alle, es könnte überhaupt in der ganzen Bundesrepublik keine ordentliche, vernünftige, gute Kommunalpolitik gemacht werden, wenn nicht die grundlegenden Entscheidungen von der CDU getroffen worden wären. (Beifall.)

Der Herr Bundeskanzler hat es heute Morgen aus anderer politischer Sicht auch angesprochen, und ich darf es hier wiederholen: Es ist auf die Dauer unmöglich, dass die Gemeinde sozialistisch regiert wird und Länder und Bund von der CDU beherrscht werden!

Daraus ergibt sich für uns in erster Linie die Folgerung, für die jetzt kommenden Kommunalwahlkämpfe zu sorgen, dass wir wieder in die Rathäuser einziehen. (Lebhafter Beifall.) Das bedeutet für uns zunächst einmal - und das ist ein Verlangen der Kommunalpolitischen Vereinigung seit Jahren - dass wir möglichst in allen Gemeinden und Gemeindeverbänden eigene Listen der Christlich Demokratischen Union aufstellen; (lebhafter Beifall) denn wenn wir nicht unsere Wähler und unsere Mitglieder daran gewöhnen, dass sie auf allen Ebenen die Christlich Demokratische Union zu wählen haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn in anderen Ebenen auch andere Vereinigungen eindringen und dann eine Verwirrung des Geistes auch dort entsteht. (Beifall.)

Also das ist das Wichtige, und das zweite Wichtige ist: Die Kommunalwahlen sind - wie vielfach auch Bundestags- und Landtagswahlen - schon gewonnen oder sagen wir, wenigstens halb gewonnen oder halb verloren mit der Auswahl der Kandidaten. (Beifall.) Deshalb sollten wir jetzt schon in all den Ländern, in denen Kommunalwahlen sind - soweit sie nicht schon näher herangerückt sind, wo sie im Herbst sind an demselben Tag, also im Oktober - daran gehen, die Kandidaten sorgfältig auszuwählen und vor allem frühzeitig. Wir sollten Frauen und Männer nehmen, die vom Vertrauen der Bevölkerung getragen sind, aber Frauen und Männer, von denen wir überzeugt sind, dass es eigene, eigenständige Persönlichkeiten sind. Die Ja-Sager nützen uns in den Rathäusern überhaupt nichts. (Lebhafter Beifall.)

Dabei sollten wir auch besonderes Gewicht auf die Heranziehung neuer junger Kräfte legen, die mit den älteren und erfahreneren dann als Ratsmitglieder vertrauensvoll zusammenarbeiten können und die demnächst den Nachwuchs auch für die anderen Ebenen darstellen. Denn ich lasse es mir nicht nehmen: Der richtige Politiker wird in der Kommunalpolitik geformt; (lebhafter Beifall) das beste Beispiel ist unser Erster Vorsitzender. (Lebhafter Beifall. - Erster Vorsitzender Dr. Konrad Adenauer: Ich danke schön!) Denn in diesem überschaubaren Bereich kommt sehr bald heraus, wer etwas leistet und wer nur große Töne redet. Da ist ja nicht viel mit Fensterreden zu machen,

sondern nur damit, dass man handfest Politik an Ort und Stelle betreibt, deren Ergebnisse dann auch an Ort und Stelle demnächst zu überprüfen sind.

Ich darf nach diesem Exkurs kommunalpolitischer Art wieder zum Thema zurückkehren und Ihnen sagen, dass angesichts der finanziellen Verpflichtungen von Ländern und Gemeinden die Länderparlamente und -regierungen den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei der Planung und Durchsetzung einer zeitgerechten Gesundheitspolitik wertvolle Hilfe leisten können. Auf den Ländern jedoch, als den verfassungsmäßig berufenen Trägern des wichtigsten Teiles der Ausführung der Bundesgesetze und der öffentlichen Verwaltung in der Bundesrepublik, wird der Hauptteil der Verantwortung dafür liegen, dass diese neue zukunftsweisende Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes verwirklicht wird. Die Bundesrepublik ist heute in Wahrheit der deutsche Kernstaat, von dem allein eine freiheitliche demokratische Ordnung im Herzen Europas ausgehen kann. Unsere Aufgabe muss es sein, diese Bundesrepublik in der Formung einer von uns geprägten christlich demokratischen Sozialpolitik zum modernsten freiheitlichen Sozialstaat des Kontinents zu machen. Das ist vor allem eine brennende politische Aufgabe mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung.

Die Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone richten mit allen Mitteln - wir haben das heute morgen ja aus verschiedenster Sicht gehört - ein Staatsgebilde auf, das sie als eine sozialistische Mustergesellschaftsordnung auszugeben versuchen. Zugleich verbreiten sie ungehemmt die Behauptung, eine Wiedervereinigung der sowjetisch besetzten Zone mit der Bundesrepublik sei für unsere mitteldeutschen Landsleute ohne jedes Interesse, ja sogar gefährlich, da eine solche Wiedervereinigung nach westlichem Plan sie um ihre gesamten sozialen Vorteile und Errungenschaften bringen würde. Wir alle wissen, wie unverschämt diese Verdrehungen sind. Zugleich aber sollten wir die ganze Gefährlichkeit erkennen, die hinter diesem Propagandatrick steckt und die vor allem in den überseeischen Ländern, in denen sozialpolitische Probleme größten Ausmaßes bestehen, Eindruck zu machen beginnt. Das größte moralische Kapital, das wir in unserem nationalen Kampf um die Wiedervereinigung besitzen, ist die feste Überzeugung der öffentlichen Meinung, dass nur eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik ein Leben in Freiheit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit garantiert. Auch um diese öffentliche Meinung werden wir in Zukunft mehr als bisher ringen müssen, weil ein volles Jahrzehnt der Trennung und Entfremdung automatisch seine Wirkungen entfaltet, wenn wir der kommunistischen Lügen-Propaganda nicht die Propaganda der Wahrheit und der Tat entgegenstellen. Der soziale Staat, den wir bauen wollen, muss daher auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung projiziert werden. Er muss attraktiv und fortschrittlich sein, wobei es darauf ankommen wird, dass wir dem weitgehend sinnentleerten Begriff „Fortschritt“ wieder einen wahren Inhalt geben, wie er ursprünglich ja ein christlicher war.

Hier liegt die große und entscheidende Aufgabe christlich demokratischer Politik in Deutschland für die nächsten Jahre. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe muss unsere Union beweisen, dass ihr wirtschaftliche Sicherheit und soziale Sicherheit - und zwar

beides in freiheitlicher Gesinnung - gleich wert und gleich wichtig sind. Gelingt es uns, der Epoche neuer Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes, wie zuvor der Epoche der Wirtschaftspolitik, unseren Stempel aufzudrücken, so wird das nicht nur ein großer politischer Erfolg unserer Sache sein, sondern zugleich auch die Erfüllung und Verwirklichung jenes sozialen Rechtsstaates bedeuten, für den so viele Männer der christlich sozialen Bewegung in Deutschland gekämpft, gelitten, ja ihr Leben gelassen haben. Ihr Vermächtnis an uns ist klar und eindeutig: Unsere Aufgabe bleibt es, bei der Bewältigung dieser Probleme unserer industrialisierten Welt aus christlich demokratischem Geist ihres Lebens, ihres Wollens, und ihres Sterbens würdig zu sein.

(Lebhafter Beifall.)